

GERMAN-FOREIGN-POLICY.

Informationen zur deutschen Außenpolitik : [Nachrichten](#) + [Interviews](#) + [Analysen](#)

Unbezahlte Schulden 19.08.2010



BUKAREST/BERLIN (Eigener Bericht) - In Rumänien beginnt eine Debatte über nie zurückgezahlte deutsche Schulden aus der NS-Zeit. Dabei handelt es sich um sogenannte Clearing-Schulden, die das Deutsche Reich seit Mitte der 1930er Jahre anhäuften. Sie entstanden im Rahmen des damaligen Außenhandels, der nicht per gewöhnlicher Zahlung, sondern per Verrechnung durch die beteiligten Staaten abgewickelt wurde. Politischer Druck ermöglichte es dem Reich, Rumänien und andere Staaten zu umfangreichen Lieferungen bei weit niedrigeren deutschen Gegenleistungen zu zwingen. Das Clearing-System, das allein Rumänien Außenstände in Berlin von weit über einer Milliarde Reichsmark einbrockte, zwang die Länder Südosteuropas in ein quasikoloniales Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland. Selbst gering verzinst erreichten die deutschen Schulden gegenüber Rumänien mittlerweile einen Wert von knapp 18,8 Milliarden Euro, erklärt der Ökonom Dr. Radu Golban, der die Sachlage recherchiert hat, im Gespräch mit [german-foreign-policy.com](#). Während sich Regierungsstellen in Bukarest inzwischen mit der Thematik befassen, steht eine Stellungnahme aus Berlin bis heute aus.

Das Clearing-System

Das Clearing-System, auf das die bis heute nicht zurückgezahlten deutschen Schulden gegenüber Rumänien zurückgehen, wurde vom Deutschen Reich im Rahmen des "Neuen Plans" (1934) von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht eingeführt. Äußerlicher Anlass war der damals akute deutsche Devisenmangel. Schacht unterwarf den Außenhandel strikter Kontrolle und stellte ihn auf sogenannte Clearing-Verträge um. Dabei wurden die Einfuhren nicht mit Devisen bezahlt, sondern durch Ausfuhren, also in Sachwerten, abgeglichen. Die Clearing-Verträge verringerten die Devisenprobleme des Deutschen Reichs.

Wie Kolonien

Zugleich nutzte Berlin das Clearing-System, um die Staaten Südosteuropas in ein quasikoloniales Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland zu treiben. "Das wesentliche Prinzip der neuen Außenhandelspolitik bestand darin" [1], schreibt der Publizist Klaus Thörner in einer historischen Analyse der deutschen Südosteuropapolitik, sich "Rohstoffe und Agrarprodukte" liefern zu lassen und im Gegenzug "anstelle von Devisen deutsche Produkte" zu liefern. Damit sicherte sich Berlin einerseits die zuverlässige Versorgung mit Ressourcen - vor allem mit kriegswichtigen -, über die es nicht im eigenen Land verfügte, und verhalf zugleich der deutschen Industrie zu einem profitablen Absatz ihrer Waren. Das Konzept ging auf: "Die Länder Südosteuropas wurden mittels des Neuen Plans zur wichtigsten Rohstoff- und Agrarproduktbasis der deutschen Wirtschaft", urteilt Thörner. "Ihr Außenhandel wurde vom Deutschen Reich in jeder Beziehung kontrolliert und reglementiert, sie mußten ihre Produktion zunehmend dem Bedarf der deutschen Wirtschaft anpassen und unterordnen."

Indirekte Kredite

Mit Hilfe des Clearing-Systems behinderte das Deutsche Reich nicht nur die Industrialisierung der Staaten Südosteuropas, deren Industrieprodukte keinen Absatz in Deutschland fanden. Politischer Druck ermöglichte es zudem, die betroffenen Länder zur indirekten Finanzierung der deutschen Kriegsvorbereitungen zu zwingen. Dies geschah, indem Berlin einerseits umfangreiche Lieferungen aus Südosteuropa bezog, andererseits aber die deutschen Gegenleistungen in Form von Warenexporten reduzierte. Bereits im März 1935 beliefen sich die deutschen Clearing-Schulden auf insgesamt 567

Millionen Reichsmark; ein bedeutender Teil davon betraf die Staaten Südosteuropas.[2] Alle Versuche, sich aus dem deutschen Klammergriff zu lösen, schlugen wegen ökonomischer Schwierigkeiten sowie deutscher Drohungen fehl. Auf diese Weise konnte Berlin die eher armen Länder Südosteuropas, von denen es einige später überfiel, als indirekte Kreditgeber für seine Kriegsvorbereitungen nutzen.

18,8 Milliarden Euro

Zu den Staaten, gegenüber denen sich das Deutsche Reich auf dem Clearing-Wege am stärksten verschuldete, gehörte Rumänien. Recherchen des Ökonomen Dr. Radu Golban zufolge erreichten die Schulden Berlins gegenüber Bukarest im September 1944 einen Betrag von 1,126 Milliarden Reichsmark. Dies geht aus einer "Saldennachweisung" der Deutschen Verrechnungskasse vom 7. September 1944 hervor.[3] Während etwa die Clearingguthaben Frankreichs und Belgiens gemäß dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 in einem abschließenden Friedensvertrag behandelt werden sollten und mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag de facto unbezahlt verfielen, gilt dies für die deutschen Schulden gegenüber Rumänien nicht, bekräftigt Golban im Gespräch mit dieser Redaktion. "Dieses Guthaben dürfte sich heute, mit rund 2,5% verzinst, auf knapp 18,8 Milliarden Euro belaufen. Würden die von Walther Funk, dem letzten Reichsbankpräsidenten, für konsolidierte Clearingschulden vorgesehen 4% Zinsen anfallen, so wäre der Betrag um einiges höher."[4]

Auf traditionellem Weg

In Rumänien hat nach einer Reihe von Medienberichten über die bis heute nicht zurückgezahlten deutschen Clearing-Schulden eine Debatte über das Thema begonnen. Wie Dr. Golban berichtet, haben die rumänischen Behörden eine gemeinsame Erklärung dazu angekündigt. Aus Berlin liegt, obwohl das Bundesfinanzministerium inzwischen offiziell informiert wurde, bisher noch keinerlei Stellungnahme vor. Die Vermutung ist erlaubt, dass die Bundesregierung die Schuldenfrage auf traditionellem Weg zu lösen sucht - mit Hilfe politischen Drucks auf das abhängige Rumänien.

Bitte lesen Sie unser [Interview mit Dr. Radu Golban](#) .

[1], [2] [Klaus Thörner: "Der ganze Südosten ist unser Hinterland"](#) , Freiburg 2008

[3] BArch Berlin, R 2, 222

[4] s. dazu [Clearing und Reparationen](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com
